



Pressemitteilung
Luxemburg, den 21. April 2021

EU-Raumfahrtprogramme brauchen zusätzlichen Schub

Die Europäische Union muss mehr tun, um das Potenzial ihrer Weltraumprogramme voll auszuschöpfen. Dies geht aus einem heute veröffentlichten Bericht des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) hervor. Zwar stellen insbesondere die Programme Galileo und Copernicus wertvolle Dienste und Daten zur Verfügung, aber es seien noch weitere Schritte nötig, um zu gewährleisten, dass sich die umfangreichen Investitionen (bislang rund 18 Milliarden Euro) auszahlen und die Dienste den größtmöglichen Nutzen bringen. Die Prüfer fordern eine umfassende Strategie, gezieltere Maßnahmen und eine bessere Anwendung des rechtlichen Rahmens.

Derzeit verfügt die EU über drei Weltraumprogramme, wobei der Löwenanteil der Investitionen auf zwei von ihnen entfällt: Copernicus, mit dem Daten von Erdbeobachtungssatelliten geliefert werden, und Galileo, ein globales Satellitennavigations- und Ortungssystem. Bis Ende 2020 hatte die EU 18,3 Milliarden Euro für ihre Weltraumprogramme ausgegeben. Für den Zeitraum 2021-2027 stellte sie mehr als 14 Milliarden Euro bereit. Im Rahmen ihrer Strategie von 2016 habe die Kommission Anstrengungen unternommen, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen der europäischen Weltraumprogramme zu maximieren. Dabei habe sie jedoch nicht präzisiert, was genau unter diesem Nutzen zu verstehen ist. Ebenso fehlten klare Ziel- und Zeitvorgaben mit Hinweisen dazu, was bis wann erreicht werden solle.

"Auf technologischem Gebiet ist es der EU gelungen, zu einem globalen Akteur für weltraumgestützte Erdbeobachtung und Navigationsdienste zu werden. Allerdings fehlt es an einem umfassenden Konzept zur Förderung der Nutzung ihrer Weltraumdienste, um in vollem Umfang von den bedeutenden Investitionen zu profitieren", so Mihails Kozlovs, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Da der Countdown bis zum Start der Maßnahmen für den Zeitraum 2021-2027 in den meisten Fällen noch läuft, hoffen wir, dass unsere Prüfung den Anstoß zu einem neuen Maßnahmenpaket gibt, das der EU auf effiziente Weise dabei helfen kann, den Nutzen dieser wertvollen Daten und Dienste voll auszuschöpfen."

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Die EU-Prüfer stellten fest, dass die Methode der Kommission zur Bewertung des Ausmaßes des potenziellen Nutzens mit einigen Mängeln behaftet war. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung und der tatsächliche Gesamtnutzen der Programme seien daher nicht bekannt und möglicherweise über- bzw. unterschätzt.

Die Prüfer weisen darauf hin, dass das Galileo-Programm bei Inbetriebnahme der Dienste im Jahr 2016 bereits acht Jahre hinter der ursprünglichen Planung zurücklag. Dennoch seien in jüngster Zeit beachtliche Fortschritte bei der Einführung von Galileo-fähigen Empfängern wie Smartphones oder Automobilanwendungen erzielt worden, die die Akzeptanz in relevanten Marktsegmenten ermöglichen würden. Die Marktdurchdringung des ersten globalen Satellitennavigationssystems – des US-amerikanischen GPS – sei jedoch nach wie vor hoch, und bis zu einem breiteren Einsatz von Galileo durch die Nutzer werde es noch einige Zeit dauern. Diese Situation werde durch wiederholte Verzögerungen noch verschärft: Galileo verfüge zwar über Funktionen, über die andere Systeme nicht verfügten, diese seien aber noch nicht vollständig abrufbar.

Die Prüfer stellten ferner fest, dass mehrere wichtige Maßnahmen zur Förderung der EU-weiten Nutzung von Copernicus-Daten nicht zielgerichtet genug waren oder die erhoffte Steigerung der Nutzung nicht erbracht hatten. Die Anwendungen müssten auch über den Raumfahrtsektor hinaus Verwendung finden, damit sie ihre volle Wirkung entfalten könnten, doch sei ihre Nutzung nach wie vor weitgehend auf Experten und Wissenschaftler beschränkt. Der Zugang zu Copernicus-Daten sei verbessert worden. Allerdings werde er noch immer über zu viele verschiedene Plattformen bereitgestellt, und für einen effizienten Datenzugang gebe es noch keine langfristige Vision.

In ihrer Weltraumstrategie für Europa von 2016 habe sich die Kommission zudem verpflichtet, ordnungspolitische Maßnahmen zu ergreifen, um den Einsatz von Weltraumlösungen zu fördern. Es seien jedoch kaum Maßnahmen ergriffen worden, um die regulatorischen oder administrativen Hindernisse zu ermitteln, die die Nutzung von Weltraumdiensten erschweren können. Die Kommission habe von der Möglichkeit, diese Dienste im Zuge von EU-Rechtsvorschriften oder -Normen zu fördern, nur teilweise Gebrauch gemacht. Auch bemängeln die Prüfer die erheblichen Lücken, die bei der Förderung der Nutzung der EU-Weltraumprogramme im Rahmen von EU-Rechtsvorschriften oder internationalen Normen nach wie vor bestehen. In vielen relevanten Bereichen existierten bestenfalls unvollständige Regelungen, z. B. für den Straßenverkehr und die Logistik, und schlimmstenfalls gar keine, wie bei autonomen Fahrzeugen oder Drohnen.

Hintergrundinformationen

Die Europäische Kommission, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und verschiedene andere EU- und Nicht-EU-Einrichtungen verwalten die EU-Weltraumprogramme in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten.

Derzeit verfügt die EU über drei Weltraum-Leitprogramme: Copernicus, das weltweit größte Erdbeobachtungsprogramm, Galileo, das globale Satellitennavigationsprogramm der EU (GNSS), und EGNOS, die europäische Erweiterung des geostationären Navigationssystems. Aufgrund seines sehr spezifischen Anwendungsbereichs und seiner begrenzten finanziellen Bedeutung wurde EGNOS nicht in diese Prüfung einbezogen.

Der Sonderbericht Nr. 07/2021 "EU-Weltraumprogramme Galileo und Copernicus: Dienste sind gestartet, doch ihre Nutzung benötigt zusätzlichen Schub" ist zurzeit in englischer Sprache auf der Website des Hofes eca.europa.eu abrufbar. Andere EU-Sprachversionen werden demnächst bereitgestellt.

Letztes Jahr veröffentlichte der Europäische Rechnungshof den Sonderbericht "[Nutzung neuer Bildgebungstechnologien zur Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik: Fortschritte insgesamt kontinuierlich, bei der Klima- und Umweltüberwachung jedoch langsamer](#)".

Der Europäische Rechnungshof stellt seine Sonderberichte dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU sowie anderen betroffenen Parteien wie nationalen Parlamenten, Wirtschaftsakteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft vor. Der weitaus größte Teil der Empfehlungen, die der Hof in seinen Berichten ausspricht, wird umgesetzt.

Pressekontakt

Pressestelle des Hofes: press@eca.europa.eu

- Vincent Bourgeois – E: vincent.bourgeois@eca.europa.eu - M: (+352) 691 551 502
- Claudia Spiti – claudia.spiti@eca.europa.eu - M: (+352) 691 553 547